

GI Leitsätze

Fristenkontrolle des Anwaltes / Mitverschulden des sachkundigen Mandanten

Die Fristenkontrolle gehört zum ureigenen Aufgabenbereich des Rechtsanwaltes. Hat er es bei einem uneingeschränkten Anwaltsvertrag versäumt, dafür Sorge zu tragen, daß die Rechte des Mandanten gegen eine drohende Verjährung gesichert werden, so kann er kein Mitverschulden daraus herleiten, daß der Mandant selbst rechtskundig ist und in der Lage gewesen wäre, den Fall unter Kontrolle zu halten.
(BGH, Urt. v. 19. 12. 1991 – IX ZR 41/91 – WM 1992, 739)

Pflichtverletzung des Sequesters / Masseschulden in Konkursverfahren

Pflichtverletzungen des späteren Konkursverwalters, die er vor Konkurseröffnung in seiner Eigenschaft als Sequester, Gutachter oder vorläufiger Vergleichsverwalter begangen hat und für die er möglicherweise persönlich nach § 82 KO in Anspruch genommen werden kann, begründen für das nachfolgende Konkursverfahren keine Masseschulden.
(OLG Celle, Urt. v. 18. 2. 1992 – 20 U 67/91 – NJW RR 1992, 865)

Notarhaftung / anderweitige Ersatzmöglichkeit

Auch Bereicherungs- oder Schadenersatzansprüche gegen Vertragspartner können anderweitige Ersatzansprüche im Sinne von § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO sein.
(BGH, Urt. v. 11. 3. 1993 – IX ZR 202/91)

Ausgangskontrolle / Rechtsmittel / Telefax

Wird eine Rechtsmittelbegründungsfrist versäumt, weil der nach Darstellung des Rechtsmittelführers rechtzeitig in das Telefaxgerät eingegebene Fristverlängerungsantrag das Gericht nicht erreicht hat, kann im Verfahren auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand eine ausreichende Ausgangskontrolle nicht allein durch den Kontrollausdruck des Faxgerätes glaubhaft gemacht werden, sondern ggf. auch durch eine eidesstattliche Versicherung der mit der Übermittlung betrauten Bürokraft, sie habe sich anhand des Kontrollausdrucks von der ordnungsgemäßen Funktion und dem richtigen Empfänger überzeugt.
(BGH, Beschl. v. 17. 11. 1992 – X ZB 20/92)

Mandanteninteresse / Vergleichsabschluß

Ein Rechtsanwalt, der konkrete Anhaltspunkte dafür hat, daß sein Mandant erwartet, durch einen Vergleich eine bestimmte Rechtsposition gewahrt zu wissen, hat den Mandanten aufzuklären, wenn er beabsichtigt, den Vergleich mit einem abweichenden Inhalt abzuschließen.
(BGH, Urt. v. 14. 1. 1993 – IX ZR 76/92)

Steuerberaterhaftung

- Beratung einer Geschäftsumwandlung
- Gründung einer GmbH
- Beteiligung des Sohnes
- Schaden

(OLG Oldenburg, Urt.v. 25. 9. 1992 – 6 U 69/92)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Eine Vertragsgestaltung ist nur fehlerhaft, wenn sie nicht zu einer Steuerersparnis geführt oder die Möglichkeit, weitere Steuern zu sparen, ungenutzt gelassen hat.
2. Die Aufspaltung eines Unternehmens führt dazu, daß die Schadenprüfung wirtschaftlich die aufgespaltenen Betriebe zusammen betrachten muß.
3. Sieht der Mandant seine Familie wirtschaftlich als Einheit an, kann bei der Schadenbetrachtung nicht auf die Änderung der Vermögensverhältnisse eines einzelnen Familienmitgliedes abgestellt werden.

Tatbestand:

Der Kläger verlangt von den Beklagten Schadenersatz wegen fehlerhafter steuerlicher Beratung. Der Beklagte zu 1) hat bis 1987 den Kläger und dessen Ehefrau steuerlich beraten. Mit ihm wird der Beklagte zu 2) in Anspruch genommen, weil er jedenfalls nach außen, nämlich auf Briefbögen und auf dem Praxisschild, als Sozus des Beklagten zu 1) aufgetreten ist.

Bis zum 31. 12. 1986 betrieb der Kläger ein Fuhrunternehmen in Form einer Einzelfirma. Auf den Rat des Beklagten zu 1) sollte dieses Unternehmen von einer GmbH fortgeführt werden, um Steuern zu sparen. Deshalb gründeten der Kläger und sein (volljähriger) Sohn Gerd am 9. 12. 1986 die A. H. & Sohn Transporte GmbH mit einem Stammkapital von 180.000,- DM. Als Stammeinlage übernahm der Kläger 75 %, sein Sohn 25 %. Die GmbH übernahm den Fuhrpark der Einzelfirma im Wege der Sacheinlage. Dieser Fuhrpark war in der Schlußbilanz der Einzelfirma zum 31. 12. 1986 mit einem Buchwert von 56.168,- DM und in der Eröffnungsbilanz der GmbH zum 1. 1. 1987 mit dem zuvor von der DEKRA geschätzten Wert von 180.000,- DM ausgewiesen. Das Betriebsgrundstück der Einzelfirma

nebst Lager- und Reparaturhalle verpachtete der Kläger mit Vertrag vom 3.1.1987 an die GmbH für monatlich 2.100,- DM. Geschäftsführer der GmbH wurde der Kläger bei einem Gehalt von monatlich 4.000,- DM brutto.

Nach einer Außenprüfung im November 1990 vertrat das Finanzamt die Auffassung, daß hinsichtlich des von der GmbH fortgeführten Fuhrunternehmens und des bei dem Kläger verbliebenen Betriebsgrundstücks nebst Gebäuden eine Betriebsaufspaltung stattgefunden habe. Durch die Übertragung des Fuhrparks auf die GmbH zum Schätzwert von 180.000,- DM seien stille Reserven von 123.832,- DM (Schätzwert: 180.000,- DM abzüglich Buchwert 56.860,- DM) aufgedeckt worden, die der Kläger zu versteuern habe. Daraufhin wurde der Kläger, der mit seiner Ehefrau steuerlich gemeinsam veranlagt wird, für 1987 gemäß Bescheid des Finanzamts V. vom 10.6.1991 mit einer Einkommen- und Kirchensteuer von 56.563,40 DM und gemäß Bescheid der Gemeinde H. vom 17.5.1991 mit einer Gewerbesteuer von 13.110,- DM belastet. Beide Bescheide hat der Kläger nicht angegritten, sondern darauf, seiner Behauptung nach, 17.390,43 DM gezahlt.

Der Kläger hat geltend gemacht, die ihm für 1987 auferlegten zusätzlichen Steuern beruhten darauf, daß die Fahrzeuge – dem Rat des Beklagten zu 1) entsprechend – zum Schätzwert statt zum Buchwert in die GmbH eingebracht worden seien. Ihm sei deshalb ein Schaden von insgesamt 73.202,51 DM (60.092,51 Einkommen- und Kirchensteuer und 13.110,- DM Gewerbesteuer) entstanden. Da er die Steuerschuld nicht sogleich aufbringen könne, werde er an das Finanzamt Säumniszuschläge und an die Gemeinde aufgrund einer getroffenen Stundungsvereinbarung Stundungszinsen zu zahlen haben. Per November 1991 seien bereits Säumniszuschläge von 3.036,- DM aufgelaufen.

Der Kläger hat, auch aus abgetretenem Recht seiner Ehefrau, die Beklagten gesamtschuldnerisch auf Zahlung von 17.390,43 DM nebst Zinsen in Anspruch genommen, von ihnen die Freistellung von den restlichen Steuerschulden, hinsichtlich der Einkommen- und Kirchensteuer auch für seine Ehefrau, verlangt und die Feststellung begehrt, daß die Beklagten zur Erstattung der Säumniszuschläge und der Stundungszinsen verpflichtet sind, die infolge der verspäteten Steuerzahlungen anfallen.

Die Beklagten halten sich nicht für schadenersatzpflichtig.

Ihrer Ansicht nach haftet der Beklagte zu 2) schon deshalb nicht, weil, wie sie behauptet haben, dem Kläger bekannt gewesen sei, daß zwischen ihnen keine Sozietät, sondern nur eine Praxisgemeinschaft bestehe. Aber auch der Beklagte zu 1) sei nicht schadenersatzpflichtig, weil dem Kläger

kein Schaden erwachsen sei, der auf einer fehlerhaften Beratung beruhe. Der Kläger habe es versäumt, die fehlerhafte Auffassung des Finanzamts zu bekämpfen, daß eine Betriebsaufspaltung vorgelegen habe. Bei der hier in Wahrheit gegebenen Aufgabe des Einzelunternehmens wäre dem Kläger bei richtiger steuerlicher Handhabung kein Schaden entstanden. Aber auch im Fall einer angenommenen Betriebsaufspaltung hätte noch bei der Betriebsprüfung die Bilanz dahingehend geändert werden können, daß der Fuhrpark mit dem Buchwert angesetzt werde. Zudem müsse der Kläger sich die steuerlichen Vorteile anrechnen lassen, die der GmbH durch erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten hinsichtlich der zum Schätzwert übernommenen Fahrzeuge erwachsen seien.

Das Landgericht hat durch Urteil vom 6.3.1992 die Klage dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Die Anträge auf Freistellung von festgesetzten, aber noch nicht beglichenen Steuern und auf Feststellung noch nicht bezifferbarer Stundungszinsen und Säumniszuschläge seien zulässig. In der Sache stehe dem Kläger gegen die Beklagten als Gesamtschuldner ein Schadenersatzanspruch wegen positiver Vertragsverletzung seitens des Beklagten zu 1) zu. Der Beklagte zu 1) habe es bei den Gesprächen über die GmbH-Gründung versäumt, den Kläger auf die mögliche Aufdeckung stiller Reserven und die dann anfallende zusätzliche Einkommensteuer und Gewerbesteuer hinzuweisen. Die bestehende Wahlmöglichkeit, die Fahrzeuge nur mit dem Buchwert in die GmbH einzubringen, habe er pflichtwidrig nicht aufgezeigt. Er sei offenbar von einer Betriebsaufgabe ohne Aufdeckung stiller Reserven ausgegangen, ohne daran zu denken, daß eine Betriebsaufspaltung in Betracht komme. Zutreffend sei das Finanzamt von der hier gegebenen Betriebsaufspaltung ausgegangen, die zu der Aufdeckung stiller Reserven bei der Übernahme des Fuhrparks und zu der hohen Steuerlast des Klägers geführt habe. Eine Schadenminderung durch eine Korrektur der Bilanzen dahingehend, daß die Fahrzeuge zum Buchwert übernommen werden sollten, sei nach Aufdeckung der stillen Reserven nicht möglich gewesen. Die steuerlichen Nachteile des Klägers seien mit den steuerlichen Vorteilen der GmbH aus den erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten nicht zu verrechnen, weil Gesellschaft und Gesellschafter unterschiedliche Rechtspersönlichkeiten darstellten. Neben dem Beklagten zu 1) hatte der Beklagte zu 2) als Gesamtschuldner nach Rechtsscheingrundsätzen.

Gegen dieses Urteil wenden sich die Beklagten mit ihrer form- und fristgerecht eingelegten und rechtzeitig begründeten Berufung im wesentlichen mit Rechtsausführungen.

Sie rügen die unterbliebene Beweisaufnahme zu der behaupteten Kenntnis des Klägers, daß die Beklagten keine Sozietät gehabt hätten. Ergän-

zend tragen sie vor, die von dem Beklagten zu 1) vorgeschlagene und dann realisierte Gestaltung habe neben dem Erhalt der Güterkraftverkehrsgenehmigung dazu gedient, per Saldo steuerliche Vorteile zu erwirtschaften und damit die Vermögenslage des Klägers und seiner Familie zu verbessern. Zu diesem Familienverbund sei auch der Sohn des Klägers zu rechnen. Da der Kläger die Gesamtsituation nicht konkret dargelegt habe, sei nicht festzustellen, daß ihm überhaupt ein Schaden entstanden sei.

Die Beklagten beantragen, das angefochtene Urteil zu ändern und die Klage abzuweisen.

Der Kläger beantragt, die Berufung mit der Maßgabe zurückzuweisen, daß der **Klagantrag** zu Ziff. 4) nur Säumniszuschläge erfaßt und daß der Klagantrag zu Ziff. 5) den Bescheid vom 17. 5. 1991 betrifft.

Der Kläger tritt dem Berufungsvorbringen entgegen. Steuerliche Vorteile der GmbH, die nur schwierig oder kaum zu ermitteln seien, könnten dem Kläger nicht angerechnet werden.

Der Senat hat Beweis erhoben wie zu Protokoll vom 18. 9. 1992, auf das verwiesen wird.

Aus den Gründen:

Die Berufung ist begründet.

Allerdings sind die mit der Klage verfolgten Freistellungs- und Feststellungsanträge nicht unzulässig.

Obwohl der Kläger wegen der von den Beklagten verweigerten Freistellung gemäß § 250 Satz 2 BGB von ihnen die Zahlung des zur Begleichung seiner Schuld erforderlichen Betrags verlangen könnte, ist das weniger weitgehende Freistellungsbegehren zulässig.

Für die verlangten Feststellungen ist das insoweit gemäß § 256 Abs. 1 ZPO erforderliche rechtliche Interesse nicht zu verneinen, zumal einerseits die künftig anfallenden Beträge noch nicht feststehen, andererseits davon auszugehen ist, daß die Beklagten auch die bereits anfallenden Beträge bei festgestellter Zahlungspflicht entrichten werden.

In der Sache kann das erlassene Grundurteil jedoch keinen Bestand haben, auch soweit es hinsichtlich der Feststellungsanträge zu 4) und 5) dahin zu verstehen ist, daß mit dem Urteil die begehrten Feststellungen ausgesprochen sind. Das Schadenersatzverlangen des Klägers ist nicht begründet.

Die auf den erweckten Anschein einer Steuerberatersozietät gestützte Mithaftung des Beklagten zu 2) scheitert allerdings nicht bereits daran,

daß dem Kläger das Fehlen einer Sozietätsvereinbarung der Beklagten bekannt gewesen wäre. Die von den Beklagten benannten und von dem Senat vernommenen Zeugen haben das nicht bestätigt.

Die Klage wegen des Schadenersatzanspruchs aus Verletzung vertraglicher Nebenpflichten ist jedoch unbegründet, weil der Kläger nicht substantiiert dargetan hat, daß ihm infolge einer solchen Pflichtverletzung der geltend gemachte Schaden entstanden ist.

Es kann dahinstehen, ob der Beklagte zu 1) die ihm aus dem Steuerberatervertrag obliegende Nebenpflicht verletzt hat, den Kläger über die Gestaltungsmöglichkeiten bei der vorgeschlagenen Fortführung der Einzelfirma durch eine GmbH und deren steuerliche Auswirkungen umfassend zu beraten (vgl. dazu BGH NJW-RR 1986, 646, 647 f = Gl 86, 59, BGH VersR 1981, 1029, 1030). **Die von dem Beklagten zu 1) angeregte Vertragsgestaltung wäre nur dann fehlerhaft, wenn sie nicht zu einer Steuerersparnis geführt oder die Möglichkeit, weitere Steuern zu sparen, ungenutzt gelassen hätte.**

Der Kläger wirft dem Beklagten zu 1) vor, eine steuerliche Mehrbelastung dadurch verursacht zu haben, daß auf seinen Vorschlag der Fuhrpark zum Schätzwert statt zum Buchwert in die GmbH eingebracht wurde, so daß nach der Verpachtung des Betriebsgrundstücks an die GmbH und der damit eingetretenen Betriebsaufspaltung für die bei dem Kläger verbliebene Einzelfirma stille Reserven aufgedeckt worden seien. Daß darüber hinaus nicht nur theoretisch zu erwägende, sondern für den Kläger realisierbare Möglichkeiten weiterer Vertragsgestaltungen ungenutzt blieben, etwa die angesprochene Verpachtung der gesamten Einzelfirma mit daraus fließenden steuerlichen Vorteilen, wird nicht substantiiert dargetan.

Auszugehen ist davon, daß die Einbringung des Fuhrparks zum Schätzwert in die GmbH und die Verpachtung des Betriebsgrundstücks an die GmbH auf den Vorschlag des Beklagten zu 1) zurückzuführen ist. Zwar nennt der Vertrag vom 9. 12. 1986 über die Gründung der GmbH nicht den Wert der eingebrachten Fahrzeuge. Daß mit dieser Sacheinlage das auf 180.000,- DM festgesetzte Stammkapital abgedeckt werden sollte, folgt jedoch daraus, daß dieser Betrag dem Schätzwert der Fahrzeuge entsprach und der Fuhrpark in der vom Beklagten zu 1) gefertigten Eröffnungsbilanz der GmbH zum 1. 1. 1987 mit 180.000,- DM bewertet wurde. Daß ferner die Verpachtung des Betriebsgrundstücks an die GmbH dem Vorschlag des Beklagten zu 1) entsprach, wird von diesem nicht bestritten.

Da das Betriebsgrundstück und die Lagerhalle sowie der Büroraum nicht in die GmbH eingebracht, sondern an diese verpachtet wurden, liegen

neben den vom Landgericht zutreffend bejahten sachlichen Voraussetzungen auch die persönlichen Voraussetzungen einer Betriebsaufspaltung vor (vgl. Abschnitt 137, Abs. 5 Nr. 1 und 2 EStR, BGH WPM 1986, 1477, 1480 = GI 86, 169). **Das bei dem Kläger verbliebene, an die GmbH verpachtete Betriebsgrundstück stellte mit den vorhandenen Lager- und Reparaturräumen sowie mit dem Büroraum eine wesentliche Betriebsgrundlage der GmbH dar, war mit dieser somit sachlich eng verflochten.** Die weiter erforderliche **personelle Verflechtung** war gegeben, weil der Kläger nicht nur Verpächter des Betriebsgrundstücks war, sondern wegen seiner Beteiligung zu 75 % an der GmbH diese beherrschte. Das Vorliegen einer Betriebsaufspaltung wird im übrigen auch dadurch bestätigt, daß der Beklagte zu 1) in der Steuererklärung des Klägers für 1987 die Einkünfte aus der Verpachtung des Grundstücks als gewerbliche Einkünfte auswies.

Die vorgenommene Betriebsaufspaltung lastet der Kläger dem Beklagten zu 1) jedoch nicht als schädlich an. Seiner Ansicht nach wäre die Annahme einer Betriebsaufgabe ungünstiger, u. a. deshalb, weil das Betriebsgrundstück in diesem Fall in das Privatvermögen hätte überführt werden müssen, so daß weitere stille Reserven aufgedeckt worden wären.

Ob der Fuhrpark, wie die Parteien übereinstimmend annehmen, zum Buchwert in die GmbH hätte eingebracht werden können, oder ob eine Einbringung zum Verkehrswert, dem gemeinen Wert, geboten war (vgl. Döllerer, BB 1986, 1857, 1860, Schmidt, EStG, 9. Aufl., § 6 Anm. 102), so daß die insoweit vorhandenen stillen Reserven auf jeden Fall aufgedeckt worden wären, mag dahinstehen.

Jedenfalls hat der Kläger nicht im einzelnen dargelegt, daß ihm infolge der Einbringung des Fuhrparks in die GmbH zum Schätzwert ein Schaden erwachsen ist.

Mit der Gründung der GmbH sollte unstreitig erreicht werden, daß der Kläger seine Vermögenslage verbesserte und Steuern sparte.

Ob die nicht näher dargelegten Einkommensverhältnisse des Klägers vor der GmbH-Gründung sich ab 1987 unter Berücksichtigung des nunmehr bezogenen Geschäftsführergehalts und der Pachteinahmen verbessert haben, kann mangels entsprechenden Klagvortrags nicht überprüft werden, mag jedoch ebenfalls dahinstehen.

Auch wenn lediglich auf die erstrebte Steuerersparnis abgestellt wird, kann eine den Kläger belastende nachteilige Entwicklung und damit ein ihm erwachsener Schaden nicht festgestellt werden.

Da der Kläger die GmbH gerade zu dem Zweck gründete, durch die gewählte Vertragsgestaltung, insgesamt gesehen, Steuern zu sparen, muß er sich entgegenhalten lassen, daß infolge der Einbringung des Fuhrparks in die GmbH zum Schätzwert statt zum Buchwert und der damit verbundenen Aufdeckung stiller Reserven zwar ihm selbst höhere Steuern angelastet wurden, die von ihm beherrschte GmbH aber steuerliche Vorteile, insbesondere durch erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten, erlangte.

Der Auffassung des Landgerichts, eine solche Verrechnung von Vor- und Nachteilen sei wegen der unterschiedlichen Rechtspersönlichkeit von Gesellschafter und Gesellschaft nicht möglich, kann nicht gefolgt werden. Denn vorliegend war die vorgenommene Aufspaltung zwischen Betriebsgrundstück und Betrieb im Interesse der Steuerersparnis gewollt. **Die Frage nach der zu erreichenden Steuerersparnis war nur bei einer einheitlichen wirtschaftlichen Betrachtungsweise (hinsichtlich des aufgespaltenen Betriebs) zu beantworten.** Wenn aber diese Betrachtungsweise für die gewählte Vertragsgestaltung maßgeblich war, muß sie auch der Beantwortung der Frage zugrundegelegt werden, ob dem Kläger aus der Vertragsgestaltung vermeidbare Steuern erwachsen sind. Die von ihm zitierte Entscheidung des BGH vom 7.11.1991 (IX ZR 3/91, veröffentlicht in NJW-RR 1992, 290), wonach selbst bei einer Einmann-GmbH die rechtliche Verschiedenheit zwischen der Gesellschaft und ihrem Alleingesellschafter zu beachten ist, ist nicht einschlägig, weil ein anderer Sachverhalt zugrundelag. Dort war u. a. die Frage zu beantworten, ob steuerliche Nachteile der klagenden GmbH bei der Körperschaftsteuer und die in deren Folge ausgelösten Nachteile ihrer Gesellschafter bei der Einkommensteuer verschiedene Streitgegenstände darstellten, hinsichtlich der die gewählte Staffelung der Haupt- und Hilfsanträge zu beachten war.

Der Hinweis des Klägers, sein volljähriger Sohn, dem 25 % der Geschäftsanteile der GmbH gehörten, bilde mit seinen Eltern keine wirtschaftliche Einheit, steht der erörterten Verrechnung der steuerlichen Vorteile der GmbH mit den geltend gemachten steuerlichen Nachteilen des Klägers nicht entgegen. Der Kläger selbst hat **bei der Gründung der GmbH seine Familie wirtschaftlich als Einheit angesehen.** Davon ist jedenfalls auszugehen, weil er den gesamten Fuhrpark seiner Einzelfirma in die GmbH eingebracht und damit auch die von seinem Sohn übernommene Stammeinlage erbracht hat. Zu einem solchen Verhalten hätte kein Anlaß bestanden, wenn die Familienangehörigen nicht eine Verbesserung der Vermögenslage der Familie im ganzen erstrebt hätten und zu diesem Zweck bereit gewesen wären, persönliche steuerliche oder sonstige finanzielle Nachteile in Kauf zu nehmen. **Daß in diesem Fall für die**

Schadenberechnung nicht auf die Änderung der Vermögensverhältnisse eines einzelnen Familienmitglieds abgestellt, sondern die Auswirkungen des schädigenden Ereignisses auf alle Familienangehörigen in Betracht gezogen werden mußten (vgl. BGH WPM 1986, 1477, 1478 = GI 86, 169), mag hier dahinstehen. Wenn der Kläger oder sein Sohn nach der GmbH-Gründung anderen Sinnes geworden sind, kann dies den Beklagten nicht entgegengehalten werden. **Festzuhalten bleibt somit, daß der Kläger sich eine Verrechnung der geltend gemachten, ihn persönlich belastenden steuerlichen Nachteile mit den steuerlichen Vorteilen gefallen lassen muß, welche die von ihm beherrschte GmbH durch die Einbringung des Fuhrparks zum Schätzwert erlangt hat.**

Soweit der Kläger die vorzunehmende Verrechnung mit dem Hinweis ablehnt, es sei außerordentlich schwierig, wenn nicht gar ausgeschlossen, einen bei der GmbH eingetretenen steuerlichen Vorteil überhaupt zu ermitteln, führt dies zu dem Ergebnis, daß ein dem Kläger erwachsener Schaden nicht festgestellt werden kann.

Sofern die der GmbH erwachsenen steuerlichen Vorteile nicht schon bei der Schadenentstehung, sondern erst im Wege der Vorteilsausgleichung zu berücksichtigen sind und deshalb von den Beklagten dargelegt werden müssen (vgl. BGH NJW-RR 186, 646, 648 = GI 86, 59), führt dies zu keinem dem Kläger günstigeren Ergebnis.

Greifbare Anhaltspunkte für eine **Schadenschätzung gemäß § 287 ZPO** sind weder ersichtlich noch dargetan. Der Kläger hat sich mit dem pauschalen Hinweis begnügt, er habe in den Vorjahren als Einzelunternehmen kaum Steuern gezahlt, weil der Betrieb schon damals keine hohen Gewinne abgeworfen habe. Die GmbH habe seit ihrer Gründung keinen Gewinn ausgeschüttet; für 1987 und für 1989 sei keine Körperschaftsteuer festgesetzt worden. Die Beklagten haben aufgrund der ihnen bekannten Zahlen bereits in der Klageerwidlung errechnet, daß die der GmbH erwachsenen steuerlichen Vorteile, die infolge der Einbringung des Fuhrparks zum Schätzwert entstanden, die bei dem Kläger entstandenen steuerlichen Nachteile überwogen. Der Kläger hat diese Vorteile der GmbH pauschal mit Nichtwissen bestritten, obwohl er als geschäftsführender Gesellschafter sich die erforderliche Kenntnis hätte verschaffen können und müssen. Der Aufforderung der Beklagten, die konkreten Zahlen (Bilanzen) des Besitzunternehmens und der GmbH vorzulegen, um anhand dieser Zahlen die konkreten Berechnungen vornehmen zu können, ist der Kläger nicht nachgekommen. Er muß auch deshalb die ihm ungünstige Berechnung der Beklagten, die unter Berücksichtigung der bei der GmbH entstandenen Vorteile einen dem Kläger erwachsenen Schaden verneint, hinnehmen.

Prüfungspflichten bei Bilanzerstellung

– halbfertige Arbeiten und Anzahlungen

(OLG München, Urt. v. 30.1.1992 – 1 U 4568/91 – OLG-Report 1992, 54)

Leitsätze:

1. Es ist ein Fehler des Steuerberaters, in einer Bilanz sowohl die Anzahlungen zu erfassen wie auch die diesbezüglichen unfertigen, noch nicht abgerechneten Arbeiten zu aktivieren.
2. Der Steuerberater kann sich nicht mit dem Hinweis entlasten, er dürfte sich auf die ihm vorgelegte Finanzbuchhaltung verlassen, wenn darin Hinweise auf die Anzahlungen enthalten sind.
3. Etwas verspätetes, aber vom Gericht erster Instanz berücksichtigtes Vorbringen bleibt es auch im Berufungsverfahren.

Sachverhalt:

Die Parteien streiten darum, ob die Klägerin ihre Pflichten aus einem Steuerberatungsvertrag schuldhaft verletzt hat und dafür der Beklagte schadenersatzpflichtig ist.

Die Klägerin verlangt Steuerberaterhonorar. Die Beklagte rechnet mit Schadenersatzansprüchen auf, die daraus entstanden sein sollen, daß die Klägerin die Jahresabschlüsse 1987 und 1988 fehlerhaft erstellt habe, indem sie Anzahlungen von Kunden aufgrund von Zwischenrechnungen in den Erlösen erfaßt habe und die unfertigen, noch nicht abgerechneten Leistungen nochmals gewinnwirksam verbucht habe. Dadurch sei der Gewinn zu hoch angesetzt worden und bestandskräftig zuviel Steuer bezahlt worden. Die Klägerin hält u. a. entgegen, die Beklagte habe den Fehler selbst zu vertreten, weil die Unterlagen der Beklagten keine erkennbaren Angaben enthalten hätten, sie habe die Buchführung der Beklagten nicht überprüfen müssen. Das LG wies die Klage ab. Die Berufung blieb erfolglos.

Aus den Gründen:

In Höhe des in diesem Rechtsstreit geltend gemachten Teilbetrages von 7.324,65 DM ist jedoch die Klageforderung durch Aufrechnung der Beklagten mit einem Schadenersatzanspruch aus pVV des Steuerberatervertrages erloschen.

Wie die Klägerin selbst ausführt, bestand zwischen den Parteien ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstleistungscharakter. Diesen hat die Klägerin schlecht ausgeführt, indem sie in der Bilanz die von der Beklagten ihren Kunden bereits geleisteten Dienste aktivierte, die aber schon erhaltenen Anzahlungen nicht mindernd berücksichtigte, sondern ebenfalls in den Erlösen erfaßte. Der Fehler an sich ist zwischen den Parteien unstreitig.

Diesen Fehler hat die Klägerin auch zu vertreten. In den ihr seitens der Beklagten zur Erstellung der Jahresabschlüsse für 1987 und 1988 übergebenen Buchführungsunterlagen waren Hinweise bezüglich der Anzahlungen enthalten, und zwar hieß es: „Akontozahlungen siehe Kontoblätter“:

Diesen Hinweisen hätte die Klägerin nachgehen müssen, zumindest hätte sie, wie sie das später im Mai 1990 bezüglich der Abschlußarbeiten für 1989 auch getan hat, **nachfragen müssen, wenn ihr nicht klar feststellbar war, welche Anzahlungen zu berücksichtigen gewesen wären.** Zu ihrer Entlastung – insoweit gilt § 282 BGB, da die Beklagte den Nachweis der objektiven Pflichtwidrigkeit erbracht hat – kann sich die Klägerin nicht darauf berufen, daß die Finanzbuchhaltung von der Beklagten selbst ausgeführt wurde und sie lediglich die Ergebnisse der Buchführung zu übernehmen hatte. In den Unterlagen der Beklagten war nämlich gerade bei dem zu übernehmenden Ergebnis bezüglich der halbfertigen Arbeiten ein Hinweis enthalten. Es vermag die Klägerin **auch nicht zu entlasten, daß bei der durchgeführten Betriebsprüfung auch der Betriebsprüfer den Fehler nicht gesehen hat,** weil es gerade Aufgabe der Klägerin war, bei den Abschlußarbeiten die richtigen Ergebnisse aus der Buchführung der Beklagten zu übernehmen, auch wenn sie diese selbst nicht im einzelnen überprüfen mußte. Eine Vernehmung des Betriebsprüfers über die Frage der Erkennbarkeit des Fehlers, wie dies die Klägerin beantragt hat, ist nicht veranlaßt. Insoweit geht es nicht um Tatsachenfeststellungen, sondern um eine Rechtsfrage, deren Beurteilung dem Senat obliegt.

Daß ein Schaden i. H. von mindestens 7.324,65 DM bei der Beklagten wegen der überhöhten Gewerbesteuerforderung 1987 eingetreten ist, räumt auch die Klägerin ein, wenn sie darlegt, von den 21.700 DM hätten bei damals 56 % Körperschaftssteuer nur 9.548 DM verbleiben können. Auf etwaigen zukünftigen Verlustausgleich und dessen ausgleichende Folgen muß sich die Beklagte, die dadurch einen konkreten Schaden erlitten hat, daß sie 21.757 DM an und für sich nicht geschuldete Gewerbesteuer für 1987 bezahlt hat, nicht verweisen lassen, zumal auch die Klägerin insoweit selbst nicht mehr als eine vage Vermutung aufzuzeigen weiß.

Dem LG folgend verneint der Senat auch ein Mitverschulden der Beklagten. Diese war nicht gehalten, die Arbeiten der Klägerin zu überprüfen. Ausreichende Hinweise auf erhaltene Anzahlungen waren in den Buchhaltungsunterlagen vorhanden.

Ob der entsprechende Beklagtenvortrag vom LG gem. § 296 I ZPO als verspätet zurückgewiesen gewesen wäre, kann dahinstehen. Das LG hat diesen Vortrag berücksichtigt, und dabei bleibt es auch für das Berufungsverfahren. Die Zulassung neuen Vorbringens entgegen § 296 ZPO ist unanfechtbar und auch für das Rechtsmittelgericht bindend (vgl. BGH NJW 1981, 928; VersR 1984, 538).

Umsatzsteuerschaden

– Umschreibung der Belege?

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 20. 2. 1992 – 13 U 129/91)

Leitsatz:

Nach einer Umsatzsteuersonderprüfung ist eine Umschreibung der Belege auf einen anderen als den darin ausgewiesenen Leistungsempfänger im formellen Verfahren nicht mehr möglich. – Der Beweis, daß eine hiervon abweichende, regelwidrige Handhabung gängige Praxis sei, kann nicht durch Sachverständigengutachten geführt werden.

Aus den Gründen:

Die Parteien gehen übereinstimmend und zutreffend davon aus, daß die Klägerin an sich nach § 15 UStG wegen des Kraftfahrzeuges und des Eurosignals (worüber die Belege beide auf den Ehemann der Klägerin und nicht auf diese selbst lauten) vorsteuerabzugsberechtigt gewesen wäre, **wenn** die betreffenden Leistungen für sie bzw. für ihr Unternehmen angefallen sind, das heißt: falls sie als Leistungsempfängerin im Sinne des Umsatzsteuergesetzes anzusehen ist. – Die zum Schadenersatz verpflichtende Handlung des Beklagten liegt darin, **daß er auf Befragen den unrichtigen und zur Kürzung der Vorsteuern führenden Rat erteilt hat, eine Umschreibung der Belege vom Ehemann der Klägerin auf diese**

selbst sei für ihren Vorsteuerabzug solange unschädlich, wie ihr Ehemann ein eigenes Fahrzeug steuerlich nicht geltend mache. Dies ist das Ergebnis der Beweisaufnahme erster Instanz. Der Senat wertet es ebenso wie das Landgericht und sieht keine Veranlassung, der diesbezüglichen Aussage des als Zeuge vernommenen Ehemannes der Klägerin nicht zu glauben. Die engen persönlichen Beziehungen zur Klägerin reichen hierfür allein jedenfalls nicht.

Soweit der Beklagte demgegenüber geltend macht, er habe stets darauf verwiesen, zivilrechtliche Geschäftsvorgänge seien immer nur dem wahren Geschäftsteilnehmer (Rechnungsempfänger) zuzurechnen, dieser steuerliche Grundsatz sei Grundwissen jedes Steuerberaters und schließlich habe er hierauf in regelmäßigen **Rundschreiben** mehrfach aufmerksam gemacht, kann ihm dies zu keiner günstigeren Rechtsposition verhelfen. Selbst wenn man den genannten Rundschreiben entnehmen wollte, daß die konkrete hier interessierende Frage darin genügend klar angesprochen worden ist, so beweist die Existenz solcher **Rundbriefe** noch nicht, **daß sie der Klägerin zugegangen sind.** Sie bestreitet deren Erhalt, ohne daß der Beklagte den ihm obliegenden Gegenbeweis antritt. Aber selbst der Erhalt dieser Briefe könnte letztendlich nicht den Beweis dafür erbringen, daß der Beklagte nicht doch im konkreten Fall einen anderen Rat gegeben hat. Seine Meinung, ein solches widersprüchliches Verhalten seinerseits sei abwegig, ist keineswegs zwingend. Hinzukommt, daß die vorliegend interessierende Frage nicht voll identisch ist mit derjenigen, die im Rundbrief zusammen mit einer Reihe anderer angesprochen worden ist.

Daß dem Beklagten bzw. seiner Buchhalterin, für deren Verschulden er einstehen muß, **Unterlagen zur Verfügung gestanden haben, die das Auseinanderfallen zwischen Rechnungs- und Leistungsempfänger erkennen ließen,** folgt klar aus der erstinstanzlichen Beweisaufnahme. Die Zeugin räumt einen entsprechenden Fehler ausdrücklich ein. Der Beklagte hätte also, selbst unabhängig davon, was er der Klägerin einmal geraten oder ihr in Rundschreiben mitgeteilt hat, aus seiner Verantwortung als Steuerberater heraus die Klägerin **dazu bestimmen müssen, die Belege noch umschreiben zu lassen, und zwar bevor sie dem Finanzamt gegenüber steuerlich geltend gemacht wurden.** Das aber ist unstreitig nicht geschehen und hatte letztendlich zur Folge, daß der Klägerin ein Vorsteuerabzug in Höhe der Klageforderung nicht zugute gekommen ist, während dies bei richtiger Handhabung durch den Beklagten der Fall gewesen wäre. – Das Hauptargument der Berufung erscheint nur auf den ersten Blick richtig: Der Beklagte meint, wenn eine nachträgliche Umschreibung der Belege nicht möglich sei, wie das Landgericht ausführe, so habe seine

spätere angebliche falsche Ratserteilung für den Schaden nicht mehr ursächlich sein können; die Klägerin könne nicht verlangen, so gestellt zu werden, wie sie bei einer – steuerlich unzulässigen – Umschreibung gestanden haben würde. Diese Argumentation beruht in ihrem Ausgangspunkt auf einem Irrtum. Es **ist** durch das Zeugnis des Ehemannes bewiesen, daß die falsche Ratserteilung schon im Jahre 1985 und somit bereits vor der steuerlichen Behandlung durch den Beklagten mit kausal eingetretenem Schaden erfolgt ist. Im Jahre 1985 hätte einer Umschreibung der Belege mit dem gewünschten Erfolg noch nichts entgegengestanden.

Auch die weiteren Überlegungen der Berufung können nicht zugunsten des Beklagten durchgreifen. Die Parteien tragen übereinstimmend vor, nach der betrieblichen Sonderprüfung bei der Klägerin im September 1989 sei eine nachträgliche Umschreibung im formellen Verfahren nicht mehr möglich gewesen. Das ist richtig und entspricht der Rechtslage. **Wenn die Leistungspartner bei Auftragsvergabe bzw. Leistungsvereinbarung den Leistungsempfänger – wie hier – klar und deutlich angegeben haben, so kann daran allein durch nachträgliche Angabe eines anderen Leistungsempfängers in den Rechnungen nichts geändert werden** (BFH – 26. II. 1987 – BStBl. 1988 Teil II, S. 158 f.). Der Beklagte behauptet zwar, hiervon unabhängig habe noch die inoffizielle Möglichkeit bestanden, bei einer Schlußbesprechung im Wege einer Ermessensentscheidung die Zustimmung zu einer nachträglichen Berichtigung der Belege zu erhalten; dies aber habe die Klägerin dadurch zunichte gemacht, daß sie seinem Rat zuwider auf eine Schlußbesprechung verzichtet habe. Beides bestreitet die Klägerin. Der Senat braucht hierauf nicht weiter einzugehen, weil schon der erste Teil dieser Behauptung nicht schlüssig erscheint. Sie läuft darauf hinaus, inoffiziell handelten die Beamten des Finanzamtes anders, als dies zulässig sei. Dafür, daß dies im Bereich der Oberfinanzdirektion der gängigen Praxis entspreche, bietet der Beklagte nur Beweis an durch Sachverständigengutachten. Dieses Beweismittel ist jedoch zum Nachweis der behaupteten regelwidrigen Handhabung ungeeignet.

Steuerberaterhaftung

- Schaden des Mandanten
- Steuernachforderung

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 12. 3. 1992 – 13 U 162/91)

Leitsatz:

Ein zu ersetzender Schaden infolge falscher steuerlicher Beratung entsteht nicht, wenn der Steuerpflichtige im Falle einer Privatentnahme aufgrund der zu niedrigen Wertangabe des Steuerberaters zunächst zuwenig Umsatzsteuern zahlt und später auf der Basis der (höheren) Mindestbemessungsgrundlage (§ 10 UStG) nachverlangt wird.

Aus den Gründen:

I.

In der Berufungsinstanz ist lediglich noch die Frage zu entscheiden, ob dem Beklagten wegen fehlerhafter Beratung durch den Kläger ein aufrechenbarer Schadenersatzanspruch wenigstens in Höhe von 7.183,80 DM zusteht.

Der Beklagte übertrug durch notariellen Vertrag vom 4. 6. 1986 das zum steuerlichen Betriebsvermögen gehörende Grundstück auf seine Ehefrau. Eine von dieser an den Beklagten zu entrichtende Gegenleistung wurde nicht vereinbart. Gemäß Nr. II des Vertrages übernahm die Ehefrau die in Abteilung III Nr. 1 bis 4 des Grundbuchs eingetragenen Pfandrechte einschließlich der hierdurch gesicherten Forderungen als unmittelbar gegenüber den Gläubigern haftende Selbstschuldnerin. Ebenfalls unter dem 4. Juni 1986 stellte der Beklagte seiner Ehefrau unter Bezugnahme auf den notariellen Vertrag einen Betrag von 245.000 DM in Rechnung. Dies entsprach dem Nominalwert der in Abteilung III des Grundbuchs eingetragenen Belastungen. Im Anschluß an eine nachfolgende Betriebsprüfung beanstandete das Finanzamt den Rechnungsbetrag als zu niedrig und ermittelte auf der Basis einer Mindestbemessungsgrundlage von 355.000 DM eine Umsatzsteuernachforderung gegen den Beklagten in Höhe von 13.507 DM.

II.

Wegen dieser Steuernachforderung steht dem Beklagten kein Schadenersatzanspruch wegen falscher steuerlicher Beratung gegen den Kläger zu. Ohne Erfolg erhebt der Beklagte den Vorwurf, der Kläger habe es versäumt, ihn darauf hinzuweisen, daß der ursprüngliche Betrag von 245.000 DM zu niedrig sei und eine Steuernachforderung auslösen werde. Für den Kläger bestand keine Notwendigkeit, den Beklagten entsprechend aufzuklären und auf eine Vertragsänderung zu drängen, um eine Nachbesteuerung abzuwenden.

Die Aufrechnung scheitert bereits daran, daß dem Beklagten kein durch die Beratung des Klägers verursachter Schaden entstanden ist. Ursache für die Nachbesteuerung war die Anhebung der Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Umsatzsteuer. Dabei stellt die Finanzverwaltung die Veräußerung an nahe Angehörige dem sogenannten Eigenverbrauch gleich (§ 10 Abs. 5 UStG). Um auch den Wert des Privatverbrauchs umsatzsteuerlich zu erfassen, der auf der Ebene zwischen den unentgeltlichen Leistungen einerseits und den Leistungen zum „Verkehrswert“ andererseits liegt, ist die sogenannte Mindestbemessungsgrundlage eingeführt worden (Bunjes/Geist, Umsatzsteuergesetz, 3. Aufl., § 10 Anm. 45). Bei Anwendung dieser Regelung ist ein Schaden sicherlich dann zu bejahen, wenn der Steuerberater einen Preis einsetzt, der über der Mindestbemessungsgrundlage liegt: In einem solchen Fall steigt die Umsatzsteuer vermeidbar an. **Nur wenn ein Berufsversehen des Steuerberaters zur Versagung eines berechtigten Steuervorteils oder zur Festsetzung einer ungerechtfertigten vermeidbaren Steuerforderung führt, ist dem Mandanten dadurch ein Schaden entstanden** (Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung, S. 223, Rdnr. 554). **Umgekehrt fehlt es an einem Schaden, wenn der Pflichtige aufgrund der falschen Wertangabe des Steuerberaters zunächst zu wenig Steuern zahlt und später auf den richtigen Betrag in Anspruch genommen wird.** Hätte der Beklagte von vornherein seiner Ehefrau eine Leistung in Höhe der Mindestbemessungsgrundlage in Rechnung gestellt, dann wäre der höhere Betrag der Umsatzsteuer von Anfang an angefallen. Demgegenüber stellt der bloße Aufschub der Besteuerung keinen Schaden dar.

Der Beklagte behauptet auch nicht, daß er von der Grundstücksübertragung auf seine Ehefrau abgesehen hätte, wenn er von der höheren Umsatzsteuerbelastung gewußt hätte. Eine derartige Absicht versteht sich auch nicht von selbst, da es dem Beklagten unstreitig darum ging, gering belastete Vermögenswerte auf die Ehefrau zu übertragen. Auch legt der Beklagte nicht dar, für welche andere, steuergünstigere Vertrags-

gestaltung er sich entschieden hätte, wenn er von vornherein von der sich bei Anwendung der Mindestbemessungsgrundlage ergebenden Umsatzsteuer gewußt hätte.

Steuerberaterleistung

- Unmöglichkeit
- Steuererklärung

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 6. 6. 1991 – 13 U 11/91)

Leitsatz:

Die Leistung des Steuerberaters wird unmöglich, wenn eine Veranlagung entsprechend der von ihm gefertigten, aber verspätet eingereichten Steuererklärung auch durch die Einlegung eines Rechtsbehelfs nicht mehr erreicht werden kann.

Aus den Gründen:

Es bedarf im Streitfall keiner Entscheidung, ob die Beauftragung eines Steuerberaters mit der Anfertigung einer Jahressteuererklärung als Geschäftsbesorgungsvertrag mit dienstvertraglichem Charakter (OLG Frankfurt, DStR 1985, 449) oder als Werkvertrag (KG NJW 1977, 110) einzustufen ist. **Der Beklagte haftet auf Schadenersatz, weil er es zu vertreten hat, daß die vertraglich geschuldete Leistung unmöglich geworden ist.**

1. Wird einem Steuerberater die Erledigung der steuerlichen Angelegenheiten eines Mandanten übertragen, so gehört die Anfertigung und Einreichung der Steuerklärungen zu seinen vertraglichen Hauptpflichten (BGH, GI 15/82 = NJW 1982, 2238, 2239).

Diese Leistung wird bei der **Beantragung des Lohnsteuerjahresausgleichs** in dem Augenblick unmöglich, in dem auch durch Einlegung eines Rechtsbehelfs eine Veranlagung nach Maßgabe der abgegebenen Steuererklärung nicht mehr erreicht werden kann. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Vertrag zwischen dem Steuerberater und dem Mandanten als Dienst- oder Werkvertrag anzusehen ist, ob also lediglich eine bestimmte Tätigkeit oder ein Tätigkeitserfolg geschuldet wird. Kommt die gewünschte Veranlagung nicht mehr in Betracht, ist eine sinnvolle, dem Vertragszweck entsprechende Tätigkeit des Steuerberaters nicht mehr möglich (BGH a.a.O.).

2. Die Voraussetzungen für einen Schadenersatzanspruch des Klägers nach §§ 280, 325 BGB liegen vor. Der Beklagte hat die Einkommensteuererklärung 1985, die das Finanzamt angesichts der Tatsache, daß eine Veranlagung gemäß § 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG nicht mehr möglich war, als Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich gewertet hat, am 21. 10. 1988 eingereicht. Die Antragsfrist war aber bereits am 31. 12. 1987 abgelaufen. Bei diesen Gegebenheiten wäre es Sache des Beklagten gewesen, darzulegen und zu beweisen, daß die eingetretene Unmöglichkeit nicht von ihm zu vertreten ist. Zu seiner Entlastung hat der Beklagte – auch im Berufungsrechtszug – keine stichhaltigen Argumente vorzutragen vermocht. Wenn die fristgerechte Erledigung der Arbeiten an der verspäteten oder zu geringen Vorschußzahlung des Klägers zu scheitern drohte, hätte der Beklagte einen entsprechenden Hinweis geben müssen. Das ist unstreitig nicht geschehen.

Die Pflichtverletzung des Beklagten war auch kausal für den eingetretenen Schaden. Ein mögliches Wiedereinsetzungsgesuch hätte, worauf der Kläger zu Recht hinweist, bereits bei Abgabe der Steuererklärung am 21. 10. 1988 gestellt werden müssen, da die Antragsfrist für ein derartiges Gesuch gemäß § 110 Abs. 3 AO am 31. 12. 1988 ablief. **Die Kopien der Steuererklärung hat der Kläger im übrigen erst nach Ablauf des vorgenannten Zeitpunkts erhalten.**

Der Vorwurf des Beklagten, der Kläger habe gegen **seine Schadenminderungspflicht** verstoßen, ist nicht gerechtfertigt. **Zunächst trifft den Mandanten eines Steuerberaters keine vertragliche Obliegenheit, durch eigene Bemühungen Fehler des Beraters auszugleichen** (BGH MDR 1986, 918). Der Beklagte hätte sich also selbst um das Schicksal des von ihm eingereichten Antrages kümmern müssen. Der verspätete Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich kann im übrigen nicht als Wiedereinsetzungsgesuch gewertet werden. Diese Möglichkeit kommt schon deshalb nicht in Betracht, weil der bloße Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich nicht den inhaltlichen Anforderungen eines Wiedereinsetzungsgesuchs entspricht.

3. Auch in der Berufungsinstanz legt der Beklagte nicht hinreichend substantiiert dar, warum die **Berechnung der Schadenhöhe** unrichtig sein soll. Den Ausführungen des Steuerberaters St. ist gerade nicht zu entnehmen, daß der Steuerberechnung die Absetzung gemäß § 7 EStG zugrunde gelegt worden ist. Die vom Beklagten in der Steuererklärung angegebenen Werbungskosten in Höhe von 22.791 DM sind im übrigen auf 17.151 DM reduziert worden.

Steuerberatungsvertrag mit Steuerberatungsgesellschaft

– persönliche Verpflichtung des Geschäftsführers

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 23. 7. 1992 – 13 U 232/91)

Leitsatz:

Schließt der geschäftsführende Gesellschafter einer Steuerberatungsgesellschaft mit einem Mandanten einen Geschäftsbesorgungsvertrag, der die Erledigung steuerlicher Angelegenheiten (hier: laufende Erledigung der Buchführung, Fertigung der Steuererklärungen) zum Gegenstand hat, dann wird der Steuerberater aus diesem Vertragsverhältnis persönlich berechtigt und verpflichtet, sofern er nicht nachweist, daß er die zum Vertragsabschluß führenden Erklärungen als Vertreter im Namen der von ihm geführten Gesellschaft abgegeben hat.

Aus den Gründen:

Die Berufung des Klägers ist nicht begründet.

Der Senat schließt sich der Entscheidung des Landgerichts an, das die auf Zahlung von 4.667,38 DM gerichtete Klage abgewiesen und den Kläger unter Abweisung der weitergehenden Widerklage zur Zahlung von 40.226,50 DM an die Beklagte verurteilt hat.

I. Zur Klage

1. Von den Parteien unangefochten hat das Landgericht entschieden, daß dem Kläger für seine steuerberatende Tätigkeit gemäß den Honorarrechnungen vom 19. 2. 1990 gegen die Beklagte ein Vergütungsanspruch in Höhe von 4.667,38 DM zugestanden hat.

Ohne Erfolg wendet sich der Kläger gegen die vom Landgericht getroffene rechtliche Würdigung, wonach dieser Anspruch infolge der von der Beklagten erklärten Aufrechnung erloschen ist.

2. Im Ansatz ist dem Kläger allerdings zuzugeben, daß zwischen der von ihm bis zum 31. 12. 1988 geführten Firma einerseits und der von ihm seit dem 1. 1. 1989 freiberuflich ausgeübten Tätigkeit eines Steuerberaters andererseits keine Identität besteht und daß der Kläger folglich nicht

persönlich für die Verbindlichkeiten einzustehen hat. Auch sind die Voraussetzungen, unter denen eine persönliche Haftung eines GmbH-Geschäftsführers in Betracht kommt, nicht erfüllt.

Gleichwohl ist die Entscheidung des Landgerichts zutreffend. Nach dem Ergebnis der in erster Instanz durchgeführten Beweisaufnahme ist in tatsächlicher Hinsicht gesichert, daß die Beklagte aufgrund der Empfehlung eines Dritten im Herbst 1986 an den Kläger mit der Bitte herangetreten ist, für sie die steuerlichen Angelegenheiten (laufende Buchführung und Abgabe der Steuererklärungen) zu erledigen. Das einleitende Vertragsgespräch fand in der Wohnung der Beklagten statt. Im Rahmen dieser Unterredung hat der Kläger keinen Vorbehalt dahin gemacht, daß er lediglich als Geschäftsführer einer Steuerberatungsgesellschaft auftrete. Den entsprechenden Aussagen der Zeugen – Schwiegertochter und Sohn der Beklagten – tritt der Kläger nicht entgegen. Ein etwaiger Wille des Klägers, den Steuerberatervertrag nicht im eigenen Namen, sondern als Vertreter der Gesellschaft abzuschließen, ist nach außen hin nicht in Erscheinung getreten und somit unbeachtlich (vgl. § 162 Abs. 2 BGB). Auch unter dem Gesichtspunkt des sogenannten unternehmensbezogenen Handelns scheidet der Kläger als Vertragspartner der Beklagten nicht aus. Die sich aus einer freiberuflichen Tätigkeit ergebenden Aufgaben sind im Zweifelsfall höchstpersönlich zu erfüllen, zumal Steuerberatungsgesellschaften im Hinblick auf die Höchstpersönlichkeit der Dienstleistungen an sich systemwidrig sind (Menggendorfer in: Bonner Handbuch der Steuerberatung, § 32 StBG Rdnr. B 310). Von daher gesehen hatte die Beklagte keinen Grund zur Annahme, daß der Kläger nicht für seine Person, sondern als Vertreter einer ihr im übrigen auch nicht bekannten Steuerberatungsgesellschaft auftreten werde. Ohne Erfolg wendet der Kläger in diesem Zusammenhang ein, mit ihm persönlich habe schon deshalb kein Vertrag zustande kommen können, weil er nicht freiberuflich eine eigene Praxis betrieben habe, sondern in dem Zeitraum bis Ende 1988 nur als Geschäftsführer einer Steuerberatungsgesellschaft tätig gewesen sei. Dabei beachtet der Kläger nicht, daß es in einer Steuerberatungsgesellschaft durchaus zulässig ist, daß einzelne Mitglieder der Sozietät Aufträge auch außerhalb der Gesellschaft, d. h. in eigenem Namen und auf eigene Rechnung ausführen (Gehre, § 32 StBG Rdnr. 20; Gräfe u. a., Steuerberaterhaftung, S. 36 = Rdnr. 42). Rechtlich und tatsächlich war der Kläger daher nicht gehindert, persönlich für die Beklagte tätig zu werden. Auch der Umstand, daß der Kläger den sich dem Vertragschluß anschließenden Schrift- und Zahlungsverkehr unter der Firma der Beratungsgesellschaft abgewickelt hat, zwingt nicht zu der Annahme, daß der Vertrag nicht zwischen den Parteien bestanden hat. Denn es

erscheint nicht ungewöhnlich, daß sich der persönlich verpflichtete Gesellschafter der Einrichtungen des Büros bedient, das er als alleiniger Geschäftsführer leitet. Es wäre zudem Sache des Klägers gewesen, durch Abschluß eines schriftlichen Vertrages für die erforderliche Klarheit zu sorgen. Statt dessen hat der Kläger die bestehende Unge- wißheit dazu ausgenutzt, um nach Einstellung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sich auf die Verschiedenheiten der Personen und die fehlende Gegenseitigkeit nach § 387 BGB zu berufen. Diese Rechts- verteidigung des Klägers hat jedoch auch aus einem anderen Grund keinen Erfolg: Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme hat der Kläger im Anschluß an die Erteilung der Rechnungen vom 19.2.1990 darin eingewilligt, daß die Überzahlung der Vorschüsse für die Buch- führungstätigkeit mit den Honorarforderungen für die Anfertigung der Steuererklärungen 1986/1987 verrechnet werden sollte. Die Rechnungen des Klägers vom 19.2.1990 waren Gegenstand einer Besprechung zwischen den Parteien, die in der Wohnung der Be- klagten stattfand. Auf den Hinweis der Beklagten, die Vorauszahlun- gen für die Buchführungstätigkeit seien zu hoch gewesen, erklärte sich der Kläger nach den vom Landgericht getroffenen Feststellungen damit einverstanden, die bestehende Überzahlung mit seiner Honorar- forderung aus den Rechnungen vom 19.2.1990 zu verrechnen.

II. Zur Widerklage

1. Da der Kläger aufgrund des mit der Beklagten geschlossenen Steuer- beratungsvertrages persönlich verpflichtet war, die steuerlichen Belange der Beklagten wahrzunehmen, war er auch verpflichtet, gegen den an ihn weitergeleiteten Steuerbescheid vom 12.10.1988 rechtzeitig Einspruch einzulegen. Auch in diesem Zusammenhang kann der Kläger sich nicht mit Erfolg darauf berufen, für die Bearbei- tung dieser Angelegenheit sei ausschließlich die Beratungsgesell- schaft zuständig gewesen. Gegen eine derartige Annahme spricht überdies der zeitliche Ablauf der Ereignisse. Der Kläger räumt ein, daß die Beklagte den Bescheid unmittelbar nach der Zustellung an ihn weitergeleitet hat. Für den Kläger war damit offensichtlich, daß die Gesellschaft angesichts des bevorstehenden Endes ihrer Tätigkeit den Vorgang nicht mehr abschließend werde bearbeiten können. Anderer- seits war der Kläger bestrebt, nach der Beendigung der Gesellschaft persönlich für die Beklagte tätig zu bleiben. Für den Kläger war von vornherein zu erkennen, daß das nach Einlegung des Einspruchs gegen den Steuerbescheid beginnende Verwaltungsverfahren von der Gesellschaft nicht mehr betrieben werden konnte. Die Entgegen-

nahme des Steuerbescheids zur weiteren Bearbeitung hatte daher nur Sinn, wenn der Kläger die Angelegenheit über das Ende der Gesellschaft hinaus persönlich bearbeitete.

2. Bei gehöriger Erfüllung der für ihn als Steuerberater bestehenden Beratungs- und Belehrungspflicht mußte der Kläger die Beklagte auf die Notwendigkeit hinweisen, gegen den Steuerbescheid Einspruch einzulegen. Notfalls hätte der Kläger ohne Rücksprache mit der Beklagten allein zur Fristwahrung den Einspruch erheben müssen. Dagegen kommt es nicht darauf an, daß die Beklagte es nach Darstellung des Klägers zuvor versäumt hatte, rechtzeitig für die Abgabe der Steuererklärung zu sorgen. Der Kläger greift die weitere Feststellung des Landgerichts, daß der Beklagten durch die Unterlassung des Einspruchs ein Schaden in Höhe von 40.226,50 DM entstanden ist, nicht an.

Ein Mitverschulden der Beklagten hat bei der Entstehung des Schadens nicht mitgewirkt. Auch der Kläger geht davon aus, daß bei rechtzeitiger Einlegung des Einspruchs und Nachreichung der Steuererklärung eine Steuernachzahlung in der vom Landgericht errechneten Höhe hätte vermieden werden können. Die Beklagte muß es sich auch nicht als Mitverschulden anrechnen lassen, wenn sie den Kläger nicht an die weitere Bearbeitung des Steuerbescheides erinnert hat. Dieses Versäumnis ist angesichts der völligen Untätigkeit des Klägers unbedeutend.

GI Hinweise

Von Schaumburg erscheint im Dr. Otto Schmidt KG Verlag eine umfassende Darstellung des Außensteuer- und Doppelbesteuerungsrechtes. (Schaumburg, Harald, Internationales Steuerrecht, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1993, 956 Seiten, 195,- DM; ISBN 3-504-26020-3).

Das Buch stellt eine praxisorientierte Hilfe für die Lösung von Steuerproblemen im Internationalen Steuerrecht dar. Schwerpunkte des Werkes sind neben den Rechtsquellen das Diskriminierungsverbot, die unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht, die Hinzurechnungsbesteuerung, die unilaterale Vermeidung der Doppelbesteuerung, die Doppelbesteuerungsabkommen, die Grundsätze internationaler Einkünftezuordnung und die grenzüberschreitende Sachaufklärung. Das Internationale Steuerrecht erlangt durch die zunehmende Verflechtung europäischer Unternehmen und die Schaffung des EG-Binnenmarktes zunehmende Bedeutung für die Beratungspraxis.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–7, 1993)

Amtspflichtverletzung d. FA		Forderungsabtretung	
– Mitwirkungspflicht	93, 56	– Verschwiegenheitspflicht	93, 2
– Schätzung	93, 56	Freie Mitarbeiter	
Anerkennung		– Dienstvertrag	93, 200
– d. Honorarforderer	93, 149	Fristenkontrolle	
Bankhaftung		– Ausgangskontrolle	
– Aufklärungspflichten, Kapitalanleger	93, 43	= Telefax	93, 221
– Bankreferenz	93, 43	– Fristversäumnis, unverschuldete –	
– Haftungsbeschränkung, AGB	93, 200	= Flucht i. d. Säumnis	93, 116
– Plausibilitätsprüfung	93, 200	– Mitverschulden d. Mandanten	93, 222
– Prospekthaftung	93, 43	– Telefax	
– Wissensvorsprung	93, 194	= Ausgangskontrolle	93, 221
– WP-Testag	93, 200	– Unterschriftskontrolle	93, 194
Bauherrenmodell		Gaststättenübernahmevertrag	93, 78
– Bauherr/Gebäudeerwerber	93, 62	Gesamtschuldner	
– Zwischenvermietung		– Baubetreuer, Treuhänder	93, 2
= Einschränkung d. Rspr.	93, 62	GmbH	
Beleg		– Steuerhaftung d. Geschäftsführers	93, 188
– Rechnungs-/Leistungsempfänger	93, 233	Honoraranspruch d. StB	
Belehrungspflicht d. RA		– Auslagenpauschale, § 16 StBGebV	93, 152
– über Literaturauffassungen	93, 139	– Buchführung	
– Unterhaltsprozeß	93, 116	= Auslagenpauschale, § 16 StBGebV	93, 152
Belehrungspflicht d. StB/WP		= Rahmensatz	93, 151
– Einfamilien- oder Zweifamilienhaus	93, 29	– Datevgebühren	93, 150, 151
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	93, 234	– Gebührenrahmen	
= wg. Rundschreiben		= Buchführungshonorar	93, 151
– Gebührenhöhe	93, 112	– Interessenkollision	93, 207
Beratung		– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	93, 50
– Umfang/Wirtschaftsberatung	93, 142	= nichtige –, Vergütungsanspruch	93, 52, 203, 205
Beschlagnahmeverbot § 97 StPO		– Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	93, 203
– Geschäftsunterlagen	93, 43	– Schreibgebühren, § 17 StBGebV	93, 152
Beweislast		– Schriftform	93, 205
– unterlassene Aufklärung/Belehrung	93, 110	– Teilleistung	93, 0
– Ausforschungsbeweis	93, 101	– Verjährung des –	
Beweislast		= Einrede in zweiter Instanz	93, 201
– Honorarzählung	93, 149	– Zeitgebühren	
Bilanzerstellung		= Darlegungslast	93, 51
– halbfertige Arbeiten, Anzahlungen	93, 231	= Vorarbeiten für Steuererklärung	93, 51
Darlegungslast z. Regreßanspruch		Honoraranspruch d. WP	
– Schaden, § 287 ZPO	93, 98	– Nichtigkeit d. Prüfungsvertrages	93, 44
Dienstvertrag		Kausalität	
– Fehler, Beweislast	93, 200	– f. Steuerhaftung	93, 188
– freier Mitarbeiter d. StB	93, 200	Kenntnis d. Steuerrechts	
– Teilleistung	93, 200	– Zwischenvermietung, Bauherrenmodell	93, 62
Festsstellungsklage		Kenntnis d. Zivilrechts	
– künftiger Anspruch	93, 117	– BGH-Meinung	93, 139
– und FG-Prozeß	93, 182	Konkursverwalter, Haftung d. –	
Firma		– Pflichtverletzung d. Sequesters	93, 222
– Zusatz „Revision“	93, 44		

Kündigung d. Mandats			
– fristlos, § 627 BGB	93, 159		
Mustereinspruch	93, 74		
Nachbesserung			
– nach Wechsel d. StB	93, 45, 47		
Notar			
– Belehrungspflichten			
= Darlegungs-Beweislast	93, 3		
= Miteigentümer, Sicherungshypothek	93, 78		
– Erfüllungsgehilfe d. Beteiligten	93, 117		
– Ersatzmöglichkeit, anderweitige	93, 222		
– Grundbucheinsicht	93, 3		
– Rechtskenntnis	93, 3		
– Vermögensvormund	93, 103		
– vertragswidrige Zwischenrechte	93, 137		
Pflicht z. Anfrage b. FA	93, 91		
Praxisabwickler			
– Berufungsbefugnis	93, 44		
Provisionsgeschäfte			
– Untreue	93, 106		
Prüfungsauftrag			
– nichtiger –, § 319 Abs. 2 Nr. 5 HGB	93, 44		
Rechtsanwalt			
– Anfechtungsklage, aktienr.	93, 221		
– Angestellter, neue Bundesländer	93, 78		
– Beratungspflichten			
= Gaststättenübernahmevertrag	93, 78		
– Vergleich, Mandanteninteresse	93, 158, 222		
– Vertreter, § 53 BRAO	93, 158		
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung			
– d. GmbH	93, 78		
– d. WP Art. 1 § 5 Nr. 2			
= Kindergeld	93, 44		
vorvertraglicher Regreßanspruch			
– Verjährung d.	93, 91		
– Versicherungsschutz	93, 214		
Provision			
– durch WPG/StBerG	93, 2		
Rundschreiben d. StB			
– Zugang d. –	93, 234		
Schaden			
– Betriebsaufspaltung	93, 223		
– Darlegungslast, § 287 ZPO	93, 99		
– Familienunternehmen	93, 223		
– Gerichtsentscheidung	93, 184		
– Steuerhaftung d. GmbH-Geschäftsf.	93, 188		
– Steuervorteile			
= Korrektur d. –	93, 236		
= rechtswidrige –	93, 44, 62		
– Zuschätzung	93, 36		
Schadenersatz			
– Minderung d. Anschaffungskosten	93, 116		
Sequester			
– ordnungsgemäße Verwaltung	93, 78		
– Regreß im Konkurs	93, 222		
Sozietät			
– irreführende Angaben, § 3 UWG			
= gemischte –	93, 116		
= überörtliche –	93, 116		
Sozietätsvertrag			
– Regelungslücke, Mandatsübernahme	93, 2		
Standesrecht			
– Gelegenheit z. Stellungnahme	93, 192		
StB-GmbH			
– Haftung d. Geschäftsführers	93, 240		
Steuerberatungsvertrag			
– wg. Haftungsbescheid gg. Geschäftsführer	93, 112		
Steuererklärung			
– Unmöglichkeit d. –	93, 238		
Teilleistung			
– Vergütungsanspruch	93, 200		
Telefax			
– Ausgangskontrolle	93, 221, 222		
Treuhänder			
– Aufteilung d. Grundbesitzes	93, 26		
– Gesamtschuldner, Baubetreuer	93, 2		
– Mitverschulden d. Treugebers	93, 26		
– Rechnungslegungspflicht	93, 2		
– Verjährung f. RA-Treuhänder	93, 90		
– Versicherungsschutz	93, 214		
Umsatzsteuer			
– Rechnungs-/Leistungsempfänger	93, 233		
Untreue			
– verschleierte Provision	93, 106		
Vergleichsverwalter			
– bestätigte Warenbestellung	93, 158		
Verjährung, § 51 BRAO			
– vorvertragliche Ansprüche	93, 91		
– f. RA-Treuhänder	93, 90		
– Verjährungsbeginn			
= Beitritt z. Anlagemodell	93, 91		
= Teilkündigung, Vertriebsvertrag	93, 163		
Verjährung, § 68 StBerG, § 51 a WPO			
– Belehrungspflicht über eigene Fehler und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch			
= Anlaß für –	93, 36		
= Ersterwerbermodell	93, 142		
– Verjährungsbeginn			
= Bestandskraft	93, 36		
= Erlaß d. Steuerbescheides	93, 79		
= Fristversäumnis	210		
= Schlußbesprechung	93, 195		
= mit Sicherheitsleistung	93, 79		
= Vermögensgefährdung, Gewerbesteuerminimierung	93, 35		
= Wirtschaftsberatung	93, 142		

= Zugang d. Steuerbescheides	93, 177	BGH v. 19.12.1991 – IX ZR 41/91	93, 222
– Verjährungsbeginn, Sekundäranspruch		= WM 1992, 739	
= Primärverjährungsende	93, 210	BGH v. 24.3.1992 – X ZB 2/92	93, 44
– Verjährungshemmung		= NJW 92, 2158	
= Verhandlung	93, 212	= VersR 92, 1420	
Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO		BGH v. 1.4.1992 – XII ZB 21/92	93, 194
– Verjährungsbeginn	93, 21, 117	= VersR 1992, 1421	
Vermögensvormund		BGH v. 30.4.1992 – III ZR 151/91	93, 44
– ungewöhnliche Vertragsgestaltung	93, 103	= WM 1992, 1148	
Versäumnisurteil		= BGHZ 118, 142	
– Flucht i. d. Säumnis	93, 116	= NJW 92, 2021	
Verschwiegenheit		BGH v. 2.7.1992 – IX ZR 174/91	93, 21
– Forderungsabtretung	93, 2	= VersR 1992, 1482	
Versicherungsschutz		= WM 1992, 1742	
– Treuhandtätigkeit	93, 214	= MDR 1992, 1188	
Verspätungszuschläge		= NJW 1992, 3034	
– teilweise Berufsunfähigkeit d. StB	93, 108	BGH v. 9.7.1992 – IX ZR 209/91	93, 3
Werbeverbot		= DB 1992, 1925	
– Drittwerbung	93, 2	= WM 1992, 1662	
Wiedereinsetzung		= NJW 1992, 3237	
– Hilfstätigkeit	93, 194	BGH v. 8.10.1992 – IX ZR 98/91	93, 78
– Rechtsirrtum		= WM 1993, 420	
= Praxisabwickler, Befugnisse	93, 44	= NJW RR 1993, 243	
– Unterschriftenkontrolle	93, 194	= MDR 1993, 280	
Wirtschaftsberatung		BGH v. 15.10.1992 – IX ZR 43/92	93, 117
– Umfang d. –	93, 142	= WM 1993, 251	
Mustereinspruch	93, 74	= NJW 1993, 648	
Wirtschaftsprüfer		BGH v. 5.11.1992 – IX ZR 12/92	93, 98
– Befangenheit, § 319 HGB	93, 44	= WM 1993, 382	
– Rechtsberatung		= NJW 1993, 734	
= Kindergeld	93, 44	BGH v. 5.11.1992 – IX ZR 200/91	93, 163
Zahlungsverkehr d. Mandanten		BGH v. 9.11.1992 – II ZR 141/91	93, 90
– Überwachung d. –	93, 188	= WM 1992, 2132	
Zuschätzung		= NJW 1993, 199	
– Schaden?	93, 36	= BB 1992, 2454	
Zwangsvollstreckung		= MDR 1993, 84	
– gg. betagten StB	93, 194	BGH v. 17.11.1992 – X ZB 20/92	93, 222
Zwischenvermietung		BGH v. 25.11.1992 – VIII ZB 29/92	93, 78
– Belehrungspflichten	93, 62	= WM 1993, 67	
		= DB 1993, 266	
		= MDR 1993, 177	
		BGH v. 3.12.1992 – IX ZR 61/92	93, 79
		= BB 1993, 244	
		= DB 1993, 322	
		= NJW 1993, 1139	
BGH v. 12.6.1990 – V StR 268/89	93, 103	BGH v. 10.12.1992 – IX ZR 54/92	93, 187
BGH v. 30.10.1990 – I StR 544/90	93, 106	= BB 1993, 386	
BGH v. 29.11.1990 – IX ZR 107/90	93, 137	= WM 1993, 703	
= WM 1991, 235		= VersR 1993, 466	
= BB 1991, 302		BGH v. 13.1.1993 – VIII ZR 112/92	93, 159
= NJW 1991, 1113		= BB 1993, 607	
= DB 1991, 694		= NJW RR 1993, 505	
BGH v. 19.12.1991 – IX ZR 8/91	93, 78	= WM 1993, 795	
= WM 1992, 527		BGH v. 14.1.1993 – XI ZR 76/92	93, 222
= NJW RR 1992, 393		BGH v. 9.2.1993 – XI ZB 2/93	93, 158
= MDR 1992, 906			
= DNotZ 1992, 457			

= BB 1993, 752		OLG Karlsruhe v. 26. 2. 1992 – 6 U 156/91	93, 116
= MDR 1993, 469		= StB 1993, 9	
BGH v. 11. 3. 1993 – IX ZR 202/91	93, 222	OLG Koblenz v. 10. 2. 1992 – 5 W 73/92	93, 194
		= VersR 1993, 379	
OLG Bamberg v. 25. 11. 1991 – 4 U 188/91	93, 26	OLG Koblenz v. 7. 5. 1992 – 5 U 1014/91, rkr.	93, 62
OLG Bremen v. 30. 7. 1991 – 3 U 45/91	93, 2	OLG Koblenz v. 25. 6. 1992 – 5 U 97/92	93, 195
= DStR 1992, 78		= NJW-RR 1993, 413	
OLG Celle v. 19. 12. 1990 – 3 U 111/89	93, 44	OLG Koblenz v. 27. 10. 1992 – 3 U 1868/91	93, 200
= DStR 1992, 159		= NJW-RR 1993, 250	
OLG Celle v. 25. 3. 1991 – 6 U 41/91 n. rkr.	93, 78	OLG Köln v. 27. 11. 1991 – 27 U 19/91	93, 116
= RPKU 1.213/92		= OLG-Report 1992, 82	
OLG Celle v. 18. 2. 1992 – 20 U 67/91	93, 222	OLG Köln v. 23. 10. 1991 – 26 U 16/91	93, 36
= NJW-RR 1992, 865		OLG Köln v. 26. 2. 1991 – 22 U 198/90	93, 194
OLG Düsseldorf v. 6. 2. 1991 – 6 U 90/90		= RPKU 1.121/91	
= NJW-RR 1992, 1311		OLG Köln v. 6. 6. 1991 – 5 U 171/90, rkr.	93, 214
OLG Düsseldorf v. 6. 6. 1991 – 13 U 11/91	93, 238	OLG München v. 30. 1. 1992 – 1 U 4568/91	93, 231
OLG Düsseldorf v. 13. 6. 1991 – 5 U 256/90, rkr.	93, 2	OLG München v. 20. 3. 1992	
= RPKU 1.226/92		– 21 U 6235/91	93, 78
OLG Düsseldorf v. 18. 7. 1991 – 13 U 22/91	93, 205	= NJW-RR 1992, 1309	
OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1991 – 18 U 170/91	93, 29	OLG Oldenburg v. 25. 9. 1992 – 6 U 69/92	93, 223
OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1991 – 13 U 118/91	93, 47		
OLG Düsseldorf v. 19. 12. 1991 – 13 U 135/91	93, 50	LG Essen v. 9. 4. 1992 – 43 O 26/92	93, 44
OLG Düsseldorf v. 23. 1. 1992 – 13 U 13/91	93, 112	= WP-Mitt. 1992, 143	
OLG Düsseldorf v. 23. 1. 1992 – 13 U 89/91	93, 207	LG Hannover v. 10. 1. 1992 – 303 O 232/91, rkr.	93, 200
OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 129/91	93, 233	= RPKU 1.216/92	
OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 134/91	93, 151	LG Konstanz v. 20. 12. 1992 – 1 HO 36/91	93, 2
OLG Düsseldorf v. 20. 2. 1992 – 13 U 149/91	93, 201	= NJW 1992, 1241	
OLG Düsseldorf v. 12. 3. 1992 – 13 U 162/91	93, 236	= WP-Mitt. 1992, 140	
OLG Düsseldorf v. 16. 4. 1992 – 13 U 146/91	93, 181		
OLG Düsseldorf v. 16. 4. 1992 – 13 U 201/91	93, 149	BFH v. 28. 8. 1991 – I R 37/91	93, 2
OLG Düsseldorf v. 14. 5. 1992 – 13 U 218/91	93, 52	= DSz 1992, 254	
OLG Düsseldorf v. 16. 5. 1992 – 13 U 159/91	93, 177	BFH v. 26. 3. 1992 – IV R 74/90	93, 116
OLG Düsseldorf v. 21. 5. 1992 – 13 U 175/91	93, 203	= BStBl 1993 II 96	
OLG Düsseldorf v. 4. 6. 1992 – 13 U 177/91	93, 210	= BB 1992, 2471	
OLG Düsseldorf v. 23. 7. 1992 – 13 U 24/91	93, 110	= DStR 1993, 89	
OLG Düsseldorf v. 23. 7. 1992 – 13 U 232/91	93, 240		
OLG Düsseldorf v. 30. 7. 1992		Beschl. v. 16. 12. 1991 – 46-110 (91)	93, 2
– 13 U 258/91	93, 45	= WPK-Mitt. 1992, 132	
OLG Düsseldorf v. 11. 9. 1992 – 14 U 31/92	93, 139		
OLG Düsseldorf v. 12. 11. 1992		SG Freiburg v. 16. 1. 1992 – S 9 Kg 1157/91, n. rkr.	93, 44
– 18 U 160/92, rkr.	93, 56	= WPK-Mitteilungsblatt 1992, 192	
OLG Frankfurt v. 18. 3. 1992	93, 2		
= RPKU 1.184/92		FG Saarland v. 28. 7. 1991 – 1 K 185/91	93, 108
OLG Hamm v. 21. 3. 1991 – 28 U 208/90	93, 185		
OLG Hamm v. 18. 2. 1992 – 28 U 209/91	93, 158		
OLG Hamm v. 13. 5. 1992 – 25 U 193/91	93, 35		
OLG Hamm v. 27. 5. 1992 – 25 U 135/86, rkr.	93, 142		